

# Gegen die innere und äußere Kapitulation: Unterstützung der ehrenamtlichen Zivilgesellschaft für ein demokratisches und weltoffenes Miteinander in sächsischen Kommunen

Policy Brief des Projekts: "Konflikte im Ehrenamt als Potenzial für demokratische Lernprozesse – Neue Perspektiven für die Stärkung ehrenamtlicher Integrationsarbeit in Bautzen."

## 1. November 2022

**Autor:innen:** Prof. Dr. Katrin Großmann & Sven Messerschmidt (FH Erfurt)

**Unser freundlicher Dank gilt unseren Praxispartnern vor Ort:**

Willkommen in Bautzen e.V., Steinhaus e.V., MSO Komitee im Landkreis Bautzen  
Unserem fachlichen Partner: Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des VFB  
Salzwedel e.V.

**Weitere Informationen unter:**

[www.im-gespraech-mit-bautzen.de](http://www.im-gespraech-mit-bautzen.de)

Wir danken für die finanzielle Unterstützung des Förderprogramms "Integrative Maßnahmen Teil 1 – Maßnahmen in den Bereichen Integration, Partizipation und gesellschaftlicher Zusammenhalt"

Diese Maßnahme wird mitfinanziert mit Steuermitteln auf Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.

Gefördert durch



STAATSMINISTERIUM FÜR SOZIALES  
UND GESELLSCHAFTLICHEN  
ZUSAMMENHALT



**Sehr geehrte Frau Staatsministerin Köpping, sehr geehrter Herr Staatssekretär Vogel,  
sehr geehrte Interessierte,**

Nach Abschluss unseres dreijährigen Projekts "Konflikte im Ehrenamt als Potenzial für demokratische Lernprozesse – Neue Perspektiven für die Stärkung ehrenamtlicher Integrationsarbeit in Bautzen.", das wir im Förderprogramm "Integrative Maßnahmen Teil 1" durchgeführt haben, möchten wir im Format eines Policy Briefs zusammenfassen, welchen dringenden Handlungsbedarf wir hier sehen.

#### **Das Wichtigste in Kürze:**

- **Die aktive Zivilgesellschaft in Sachsen befindet sich in einer multiplen Extremsituation.** Ihre Situation ist nicht nur durch Prekarität und Unbeständigkeit von Ressourcen, durch Nachwuchsmangel und stetig wachsender Bürokratie gekennzeichnet, sondern auch durch den steigenden Druck aus Teilen der Gesellschaft, die ihr Engagement ablehnen, sowie durch fehlende Partnerschaften in der Lokal- und Regionalpolitik.
- Die politischen Entwicklungen der letzten Jahre, gekennzeichnet durch einen Rechtsruck selbst in Verwaltungen und Kommunalpolitik, bringen **zivilgesellschaftliche Akteur:innen in eine existenzgefährdende Lage** während gleichzeitig Aufgaben aus dem so genannten Bereich der "freiwilligen Leistungen" von Kommunen auf sie übertragen werden.
- **Zivilgesellschaftliche Akteur:innen vermissen politische Rückendeckung** und öffentliche Bekenntnisse zum Wert ihrer Arbeit gerade auf lokaler und regionaler Ebene. Gleichzeitig sehen sie sich Anfeindungen im privaten Umfeld und von Teilen der Stadtgesellschaft ausgesetzt. Politische Akteure handeln in der derzeitigen polarisierten politischen Stimmungslage oft strategisch und vermeiden klare Positionierungen. Doch gerade in dieser Situation sind klare Bekenntnisse zu demokratischen Werten und die öffentliche Anerkennung zivilgesellschaftlicher Arbeit wichtig. Wenn lokalpolitische Akteure dies nicht leisten (können), brauchen die Initiativen vor Ort Rückendeckung von anderer Seite.
- Die finanzielle Notlage in vielen Kommunen, langfristig verursacht durch politische Transformation, Deindustrialisierung und Strukturwandel, Dezentralisierung von Aufgaben und Abwanderung aus der Region, erzeugt einen **anhaltenden Sparzwang, der nun zusätzlich auf eine Nicht-Wertschätzung der weltoffenen, Pluralität bejahenden Zivilgesellschaft trifft.** Dies fördert eine weitere Abwanderung von Verfechter:innen der liberalen Demokratie und damit weiteren *Brain Drain*.
- In der aktuellen Lage im Freistaat ist **die aktive Zivilgesellschaft eine unverzichtbare Ressource, die an vielen Stellen unnötig belastet und prekarisiert wird.** Gerade in kleineren Kommunen überschneiden sich die personellen Strukturen der Integrationshilfe und der Arbeit für eine plurale Gesellschaft. Um sie zu stärken, bedarf es der Klärung von Verantwortlichkeiten, einer beherzten Stärkung von liberalen, weltoffenen Kräften in Verwaltung und Kommunalpolitik sowie des Aufbaus langfristiger Strukturen.

## Hintergrund

Nach drei Jahren Projektarbeit, über 80 intensiven Interviews, Workshops und Gesprächen vor Ort sowie fachlichen Kooperationen und der weiteren Arbeit in anderen Forschungsprojekten sehen wir, dass die Zivilgesellschaft in den peripheren Regionen Sachsens sich in einer multiplen Extremsituation befindet, die sie an den Rand ihrer Motivation und Kräfte bringt. Dies geht weit über bekannte Probleme mit Finanzierung und Förderung hinaus. Lassen Sie uns das kurz skizzieren.

Die Prekarität beginnt in den Kommunalverwaltungen. Die Verwaltungsressourcen wurden über die Jahre verknappt, Personalmangel führt dazu, dass sich Kommunalpolitik und Verwaltung auf die Pflichtaufgaben konzentrieren, während viele soziale Aufgaben - so auch in der Integrationsarbeit - als Draufgabe gelten, denn rechtlich gesehen sind sie freiwillig. In der Verwaltungskrise, die sich spätestens ab 2015 mit dem vermehrten Zuzug von Geflüchteten entwickelte, waren es die Ehrenamtlichen, die unterstützende Kapazitäten zeitnah mobilisiert haben und die Betreuungs- und Versorgungslücken von zuständigen Ämtern zunächst mit dem Notwendigsten schließen konnten. Anschließend organisierten sie darüber hinaus auch Unterstützungsangebote, die über eine "Grundversorgung" und die von den Kommunen als Pflichtaufgaben angesehenen Leistungen hinausgingen. Die daraus entstandenen haupt- und ehrenamtlichen Strukturen der Zivilgesellschaft, ihr Wissen und ihre Kompetenzen wurden und werden jedoch selten über die Zeit ihrer Projektförderung hinweg verstetigt. Durch die derzeitige Förderungslogik im Sinne einer temporären Feuerwehrpolitik bleibt die Unterstützungsarchitektur für die Zivilgesellschaft bis heute prekär und unkontinuierlich. Die Folgen, die wir in unserem Forschungsbeispiel Bautzen deutlich beobachten konnten, sind Ermüdung, Ressourcenmangel, die Wiederauflösung der entwickelten ehrenamtlichen Strukturen und sogar der Wegzug von frustrierten Ehrenamtlichen aus der Region.

Dabei arbeiten zivilgesellschaftliche Initiativen und Institutionen seit Jahren unter prekären Bedingungen. Ironisch würden wir dies als "Projektitis, Innovatitis und Evaluatitis" auf den Punkt bringen, das heißt: die Arbeit für sozialen Zusammenhalt wird in kurzen, befristeten Projekten bewältigt, Initiativen müssen sich in Wettbewerben immer wieder um die nächste Anschlussfinanzierung bemühen, sie müssen sich immer wieder neu erfinden statt langfristig kontinuierlich zu arbeiten. Obendrein fressen Bürokratie, Berichte und Evaluationen Zeit und Nerven. Ehrenamtliche und auch hauptamtliche zivilgesellschaftliche Akteure, z.B. in der Quartiers- und Sozialarbeit müssen sich nach dem Wechsel der "Förder-Gezeiten" richten. Der temporäre Aufbau und der darauf folgende Abbau von gerade etablierten Strukturen zerstören das hart erarbeitete Vertrauen von marginalisierten Gruppen in ihre Unterstützer:innen, führen zu existenziellen Unsicherheiten und verbrennen den Einsatz und die Motivation ehrenamtlichen und hauptamtlichen Engagements.

Für viele Orte in Sachsen kommt nun hinzu, dass sich in Zeiten einer zunehmend als polarisiert empfundenen Gesellschaft gerade jene Akteure, die sich vor Ort für eine offene pluralistische Gesellschaft, sozialen Zusammenhalt und gegenseitige Verständigung einsetzen, von Lokalpolitik und Verwaltung alleine gelassen fühlen. Sie vermissen politische Rückendeckung und öffentliche Bekenntnisse zum Wert ihrer Arbeit. Gleichzeitig sehen sie

sich Anfeindungen im privaten Umfeld und von Teilen der Stadtgesellschaft ausgesetzt. Besonders tragisch ist, wenn sich diejenigen Menschen frustriert und erschöpft von staatlichen Strukturen abwenden und diesen zunehmend kritisch gegenüberstehen, die sich zuvor für staatlich ausgerufene Ziele eingesetzt haben. Auch das führt zu Resignation.

Seit Ausbruch der Covid19-Pandemie, der russischen Invasion in der Ukraine sowie der sich abzeichnenden Energiekrise haben sich die Themen der Auseinandersetzungen verschoben und die gesellschaftlichen Brüche verfestigt. Noch bilden sich immer wieder neue Initiativen, die sich diesen Entwicklungen entgegenstellen, um ausgleichend und integrativ in die Gesellschaft zu wirken. Je mehr sich das politische Klima zuspitzt, sich antidemokratische und extremistische Akteure in den lokalen Gesellschaften bis in Entscheidungspositionen etablieren, desto wichtiger aber auch prekärer wird deren Arbeit. Die Aufmerksamkeit der gewählten lokalen und regionalen Politiker richtet sich zu oft auf die lauten, gegen Staat, Medien und Weltoffenheit Protestierenden und vernachlässigen die engagierten demokratischen Kräfte. Ein Ausbrennen der Zivilgesellschaft ist zu beobachten.

**Empfehlungen: Was braucht die aktive Zivilgesellschaft, um sich weiterhin für eine offene demokratische Gesellschaft und den sozialen Zusammenhalt zu engagieren?**

**Verantwortlichkeiten klären, Kommunen stärken.** Soziale Aufgaben der Kommunen sollten gerade in peripheren Regionen Chefsache sein, hier fehlt es teils an Ressourcen, teils an politischem Willen und einem gemeinsamen Verständnis der demokratischen Verfasstheit der Gesellschaft. Wenn alle sich überfordert sehen, werden die Verantwortlichkeiten von einer Zuständigkeit zur nächsten geschoben. Hier bedarf es zunächst der klaren Zuordnung von Verantwortlichkeiten und der Aufteilung von Ressourcen zwischen den Ämtern der Verwaltung, zwischen Stadt und Landkreis, sowie zwischen zivilgesellschaftlichen und administrativen Akteur:innen. Fördern und fordern Sie dafür auch Kommunalpolitik und Verwaltung.

**Sozialer Zusammenhalt ist Kernaufgabe, nicht freiwillige Leistung.** Wir empfehlen ebenfalls, die Gesetzeslage bezüglich der Freiwilligkeit verschiedener existenzieller sozialer und gesellschaftlicher Aufgaben zu überdenken und ggf. eine Lobby gegenüber übergeordneten Ebenen der Gesetzgebung aufzubauen um hier Lokalpolitik und Verwaltung auch wörtlich in die Pflicht zu nehmen. Ressourcen fließen besser hier präventiv ein, als später in die teure Bearbeitung von Konflikten.

**Langfristige Strukturen aufbauen.** Es braucht nicht kurzfristig viele Ressourcen, sondern langfristig verlässliche. Langfristige soziale Aufgaben können nicht über eine Wettbewerbslogik um Fördermittel bearbeitet werden. Oft ist Verlässlichkeit gefragt, nicht Innovation. Um Netzwerke, Vertrauen und Kontakte zu stabilisieren und die Wirkkraft dieser Strukturen in Zukunft zu stärken, ist es essentiell, klare, langfristige Strukturen zu fördern. Wenn notwendige Leistungen zurückgefahren werden, muss sichergestellt sein, dass diese Leistungen anders erbracht werden.

**Nicht nur interkulturelle Öffnung, sondern Wandel von Institutionen.** Um der Normalität von Zuwanderung lokal angemessen begegnen zu können, ist unseres Erachtens ein

institutioneller Wandel notwendig, der Arbeit für gesellschaftlichen Zusammenhalt aufwertet und mit grundlegenden, langfristigen Ressourcen ausstattet. Dies reicht von verändertem Verwaltungshandeln über die Gründung migrantischer Selbstorganisationen, die Einsetzung von Ausländerbeiräten (oder Integrationskommissionen nach hessischem Vorbild), bis hin zu den Prozessen, die unter „interkulturelle Öffnung“ diskutiert werden. Dazu gehört ebenfalls die Implementierung niedrigschwelliger Unterstützung von weniger erfahrenen zivilgesellschaftlichen Akteuren im Ehrenamt, z.B. MSO`s, sowie deren Entlastung von Antrags- und Bürokratieprozeduren.

**Rückendeckung und Wertschätzung.** Rechts-nationalistische Strukturen haben in Sachsen seit Langem frei agieren können und mittlerweile starken Einfluss auch auf die Akteurslandschaft und die Deutungshoheit öffentlicher Diskurse genommen. Zudem haben sich Milieus entwickelt und verfestigt, die sich als abgehängt und vom politischen System nicht wahrgenommen fühlen. Dies führt dazu, dass im Zuge der plötzlichen starken Zuwanderung von Geflüchteten freiwilliges Engagement mit einer Überforderung in Verwaltung und Kommunalpolitik zusammenfiel, oft auch mit politischer Zurückhaltung oder gar Ablehnung. Um diesem Trend entgegenzuwirken, bedarf es proaktiver politischer Rückendeckung der zivilgesellschaftlichen Strukturen und Initiativen. In öffentlichen Debatten brauchen sie klare Bekenntnisse zu demokratischen Werten und die öffentliche Anerkennung ihrer Arbeit. Wenn lokalpolitische Akteur:innen dies nicht leisten (können), brauchen die Initiativen vor Ort Rückendeckung von anderer Seite.

**Partnerschaft und Rahmenbedingungen neu herstellen.** Hier werden keine Auszeichnungen und Ehrungen gebraucht, sondern klare Hilfe, ein Scharnier zwischen Zivilgesellschaft und Kommunalpolitik, um sich nicht weiter auf verlorenem Posten zu fühlen. Eine andere Möglichkeit, um dies zu erreichen, kann sein, den Bürgermeister:innen in Kommunen mit stark extremistisch-autoritären Strukturen Räume des Austauschs und der Unterstützung und auch Ressourcen hierfür bereitzustellen bzw. vorhandene zu identifizieren und zu stärken. Auch die kommunale Konfliktberatung, die von mehreren Trägern in Deutschland angeboten wird, kann hier kontextsensibel agieren.

Die aktuelle sächsische Landesregierung wurde gewählt, um den starken rechtspopulistischen Kräften im Bundesland ein breites Bündnis demokratischer Kräfte entgegenzusetzen. Sie brauchen dafür die Zivilgesellschaft und die Zivilgesellschaft braucht Sie. Andernfalls ist mit der weiteren Abwanderung progressiver und demokratisch orientierter Akteur:innen zu rechnen.

**Erfurt, den 01.11.2022**

Prof. Dr. Katrin Großmann

Sven Messerschmidt (M.Sc.)